

Medienmitteilung vom 17. Juni 2010

Allianz für eine bessere Wettbewerbsfähigkeit der schweizerischen Hochschulen

Die Entwicklung der Hochschulen unseres Landes wurde in den letzten Jahren ungenügend gefördert. Unsere Eidgenössisch-Technischen Hochschulen, die Universitäten und die Fachhochschulen müssen mit der Konkurrenz aus dem näheren und entfernteren Ausland mithalten können. Mit Blick auf die enormen Anstrengungen diverser Staaten, ihre Hochschul- und Forschungspolitik stark zu forcieren, drohen der Schweiz Wettbewerbsnachteile. Das Engagement des Bundes muss deutlich erhöht werden. Eine Allianz bestehend aus den Hochschulkantonen Basel-Stadt mit Regierungsrat Dr. Christoph Eymann, Zürich mit Regierungspräsidentin Regine Aeppli, dem ETH-Rat, mit dem Präsidenten Dr. Fritz Schiesser, Ständerat Prof. Dr. Felix Gutzwiller, Ständerätin Anita Fetz und Nationalrat Peter Malama fordert den Bundesrat deshalb auf, die Hochschulfinanzierung substantiell zu verbessern. Zu diesem Zwecke werden im Ständerat und im Nationalrat Motionen zur Verbesserung der Bundesfinanzierung des schweizerischen Hochschulwesens eingereicht.

BFI-Förderung 2000 ff.: Stop and Go

Die Schweiz hat ihre Entwicklungspläne für die Hochschulen und die Forschungsförderung in den letzten zehn Jahren nur halbherzig umgesetzt. Im Jahr 2001 wurden im Stände- wie im Nationalrat Motionen für eine substanzielle Erhöhung der Grundsubventionen an die kantonalen Universitäten von beiden Kammern angenommen und dem Bundesrat überwiesen. Die bessere Grundsubventionierung der kantonalen Universitäten sollte eingebettet sein, in eine stärkere Finanzierung des gesamten BFI-Bereichs. Dies wurde als notwendig angesehen, um mit den grossen Investitionssteigerungen der internationalen Konkurrenz mitzuhalten. Der Konsens für eine Stärkung des BFI-Bereichs war so gross, dass in den folgenden zwei Botschaften eine deutliche Steigerung der Beträge verabschiedet wurde.

Ein Überblick der Grundbeiträge an die kantonalen Universitäten zeigt jedoch, dass in Wirklichkeit anders gehandelt wurde. Nach ersten positiven Wirkungen der Motionen liegen die Zahlungskredite für die UFG-Grundbeiträge bis 2008 deutlich unter den in den Botschaften angekündigten Beiträgen:

Jahr	Botschaften BFT / BFI (in Mio. Fr.)	Zahlungskredite (in Mio. Fr.)	Differenz (in %)
2000	429	380	-11.42
2001	380	380	0
2002	380	416	+9.47
2003	412	444	+7.77
2004	444	476	+7.20
2005	528	494	-6.40
2006	562	504	-10.32
2007	590	492	-16.61
2008	*630	525	
	**524		0
2009	549	550	0

* Botschaft 2004 – 2007, ** Botschaft 2008 - 2011

Die im Jahr 2009 endlich eingehaltene Steigerung erfolgt also von einem sehr tiefen Niveau aus. Der BFI-Bereich hat in dieser Zeit deutlich weniger Mittel erhalten, als in den genannten Botschaften vorgesehen. Daraus ergab sich eine Stop-and-Go-Politik, die eine nachhaltige Entwicklung des Hochschulraums behindert hat. Denn die Universitäten wie die ETH stehen im verschärften internationalen Wettbewerb. Zudem muss die starke Entwicklung der Fachhochschulen in den letzten zehn Jahren konsolidiert werden. Auch wenn gewisse Steigerungen der Bundesbeiträge in diesen Jahren möglich waren, so konnten sie bei weitem nicht dem Studierendenwachstum und Ausbau der Forschungsleistungen an den Universitäten wie an den Fachhochschulen Schritt halten.

Trübe Aussichten 2012 ff.

Die BFI-Botschaft 2012 ff. wird nun im ungünstigen Umfeld sinkender Einnahmen der Öffentlichen Hand infolge der Finanzkrise verfasst. Bereits liegt das Konsolidierungsprogramm des Bundesrats vor, das auch vor dem BFI-Bereich nicht Halt macht. Es zeichnet sich also eine Weiterführung der bisherigen Stop-and-Go-Politik ab. Dabei sollte der BFI-Bereich auch in finanziell schlechteren Zeiten offensiv bewirtschaftet werden.

Vorwärtsstrategie

Um die internationale Konkurrenzfähigkeit unserer Hochschulen und Forschungsinstitutionen zu sichern, müssen erheblich mehr Bundesmittel eingesetzt werden, als zur Zeit vorgesehen. Antizyklisch steigende Beiträge für unsere Hochschulen sind notwendig, um die Position der Schweiz im internationalen Umfeld zu stärken. In aufstrebenden Weltteilen wie Asien wird der Hochschulbereich mit grossen Investitionen gestärkt. Deutschland investiert trotz radikaler Sparpläne zusätzliche Milliarden in die Bildung. Einzelne Hochschulkantone steigern deshalb auch im gegebenen widrigen Umfeld ihre Beiträge an ihre Universitäten und Fachhochschulen. Sie wehren sich gegen die defensive BFI-Politik des Bunds und fordern ein Investitionsverhalten, das die Zukunft des Wissenschafts- und Technologiestandort Schweiz sichert.

Motionen im National- und im Ständerat

Nationalrat Peter Malama und Ständerat Prof. Dr. Felix Gutzwiller reichen Motionen ein, die eine stabile und zunehmende Bundesfinanzierung für das Schweizerische Hochschulwesen verlangen. Die Forschungsuniversitäten und forschungsorientierten Fachhochschulen sind als Innovationsmotoren des Werkplatzes Schweiz deutlich zu stärken. Sie müssen in der Lage sein, ihre Forschungsleistungen und damit auch eine qualitativ hochstehende Lehre auf internationalem Spitzenniveau zu erbringen. Dies erfordert angesichts der hohen Investitionen an anderen Orten viel Geld. Dieses ist gut investiert. Die Schweiz behauptet sich damit im zunehmenden Innovationsrhythmus und bildet den Nachwuchs für ihren steigenden Bedarf an hochqualifizierten akademischen Fach- und Kaderkräften aus. Für die wissensbasierte Schweiz mit ihrer forschungsgestützten und wertschöpfungsintensiven Wirtschaft ist diese Zukunftssicherung absolut vital.

Anstrengungen der Trägerkantone honorieren

Für die Zusprache von Bundesgeldern werden bestimmte Kriterienraster angewendet. Unberücksichtigt bleiben die Anstrengungen der Trägerkantone, um ihre Hochschulen adäquat zu finanzieren. Steigende Hochschulinvestitionen – wie sie derzeit in der Nordwestschweizer Kantonen vorgesehen sind – werden aber desavouiert, wenn gleichzeitig die Bundesbeiträge an die betreffenden Hochschulen stagnieren oder gar sinken. Die Bemessung von Bundesbeiträgen sollte deshalb steigende Kantonsbeiträge berücksichtigen.

Weiter Auskünfte:

- Regierungsrat Dr. Christoph Eymann, Vorsteher des Erziehungsdepartements des Kantons Basel-Stadt, Tel:
- Regierungspräsidentin Regine Aeppli, Vorsteherin des Bildungsdepartements des Kantons Zürich, Tel:
- Ständerätin Anita Fetz, Tel:
- Ständerat Prof. Dr. Felix Gutzwiller, Tel:
- Nationalrat Peter Malama, Tel:
- Dr. Fritz Schiesser, Präsident ETH-Rat, Tel:

Basel/Zürich, X. Juni 2010